

„Volk“ und Bevölkerungsstatistik

Gemeinhin werden heute unter dem Begriff „Bevölkerung“ die auf einem eingegrenzten Gebiet, zum Beispiel einem Staatsterritorium, lebenden Menschen subsumiert. Man kann durch Zählung ihre Größe bestimmen, sie territorial auflgliedern und nach Klasse, Rasse, Geschlecht und so weiter fraktionieren, ferner Wechselwirkungen zwischen einzelnen Gruppen und deren durchschnittlichem Zustand oder Verhalten ermitteln sowie Korrelate herstellen. Das macht die Bevölkerungsstatistik, institutionalisiert in Wissenschaft und beim Staat, also in Statistik-Ämtern. Sie konstruiert oder malt ein Bild der „Bevölkerung“, das unter Umständen als Voraussetzung für staatliche Interventionen dient, welche man – hier ganz holzschnittartig – als Bevölkerungspolitik bezeichnen könnte. Dazu gehören etwa soziale Sicherungssysteme, sämtliche Maßnahmen zur Familienförderung, Migrations- und Staatsbürgerschaftsregelungen, Kriminalitätsprävention, Gesundheitsfürsorge.

Gemeinhin sehen wir aber auch in der „Bevölkerung“, diese Annahme erheischt die diskursive Verwendung, einen egalisierenden Begriff. Dadurch, dass *alle* Menschen auf einem Gebiet gemeint sind, scheinen wir ein politisch neutrales *nomen* gefunden zu haben: alle Gruppen sind angesprochen, keiner wird ausgeschlossen, jedes Individuum stellt – wenn man so will – das gleiche Glied einer statistischen Gemeinschaft dar. „Bevölkerung“ wäre mithin der *terminus technicus* in der Sprache einer bürokratisierten und verwissenschaftlichten Staatsgesellschaft.

Diese beiden Dimensionen des Bevölkerungsbegriffs sind zunächst einmal plausibel. Doch kratzt man an der diskursiven Oberfläche und legt die genealogischen und funktionalistischen Schichten frei, wird man noch ganz andere Muster erkennen. Als Frage formuliert: Welches „Volk“ steckt(e) in „Bevölkerung“, und wie ist es da hinein gelangt? Um das zu ergründen, untersuchte ich die Wendung des Bevölkerungsbegriffs im 19. Jahrhundert, die Motive für die Institutionalisierung der amtlichen Bevölkerungsstatistik, speziell im Königreich Sachsen (1850) sowie die intensive statistische Beobachtung der Arbeiterfamilien. Denn gerade diese letzte Erscheinung weckte in mir den Verdacht, dass die scheinbar rein naturwissenschaftliche, neutrale statistische Tätigkeit hinterrücks weltanschaulich penetriert worden ist – und zwar von einer liberal-konservativen „Volks“-Vorstellung.

Ökonomische Wendung

Michel Foucault hat das Auftauchen der „Bevölkerung“ im Zuge der policeylichen Regierung lokalisiert: „Die Regierungen entdecken, daß sie es nicht nur mit Untertanen, auch nicht bloß mit einem ‚Volk‘, sondern mit einer ‚Bevölkerung‘ mit spezifischen Problemen und eigenen Variablen zu tun haben wie Geburtenrate, Sterblichkeit, Lebensdauer, Fruchtbarkeit, Gesundheitszustand, Krankheitshäufigkeit, Ernährungsweise und Wohnverhältnissen.“¹ In der Folge seien dann die Techniken zur Untersuchung der Zustände und Entwicklungsgesetze der Bevölkerung und zur Steuerung dieser Prozesse, insbesondere der Fortpflanzungsaktivitäten entwickelt worden – die „Bio-Politik“ der Bevölkerung. Diese Techniken der Macht innerhalb einer modernen rationalen Regierungskunst würden tatsächlich die Alltagstheorie vom ideologiefreien Bevölkerungsbegriff stützen. Ergänzt man aber die Genealogie um einige historiografische Methoden, dann ergibt sich ein noch differenzierteres Bild.

Bei Johann Heinrich Gottlob von Justi, den Foucault als Kronzeugen bemüht, war die „Bevölkerung“ nämlich noch gar kein Objekt, sondern eine staatliche Praxis. Die Zahl der Menschen gehörte ebenso zum Reichtum des Staats wie die Bodenschätze oder das fruchtbare Ackerland. Es sei Aufgabe der klugen Regierung, diese Ressourcen zu kultivieren und zu vermehren (§ 10).² Die Fähigkeiten und der Fleiß der Einwohner vergrößerten das allgemeine Vermögen, weshalb „ein Land nie zu viele Einwohner haben kann“ (§ 97). Das Bevölkern des Landes, bei Justi „Bevölkerung“ geheißen, müsse

„vornämlich durch dreyerley Wege geschehen, als 1) durch Herbeyziehung der Fremden in das Land, 2) durch Mittel, welche die Vermehrung der Eingebornen des Landes befördern, und 3) durch Gegenmittel wieder die Krankheiten und den frühzeitigen Todt der Unterthanen.“ (§ 11)

Und August Ludwig Schlözer, der in Göttingen die deutsche (non-numerische, beschreibende) Universitätsstatistik betrieb, unterstrich:

„Bevölkerung ist Zweck des Staats und muß es sein. Jeder Bürger, der da ist, will erhalten sein, und es ist Pflicht des Staats, darauf zu sehen. Jeder Bürger hat einen 3fachen Wert. a. einen militärischen. [...] b. Einen ökonomischen. [...] c. Einen kameralistischen, seitdem Akzise und Lizent entstanden sind.“

(Mit der letzten Wertzuschreibung wandte er sich gegen „deutsche Landesherren [, die] ihre Leute für 40 Sterling verkaufen“.³) Es ist entscheidend, bei der Analyse der kameralistischen Quellen zu beachten, dass die Begriffe „Be-

1 Michel Foucault, *Sexualität und Wahrheit*. Bd. 1: *Der Wille zum Wissen*; Frankfurt a. M. 1983; S. 37f.

2 Johann Gottlob Heinrich von Justi, *Grundsätze der Policy-Wissenschaft in einen vernünftigen, auf den Endzweck der Policy gegründeten, Zusammenhänge und zum Gebrauch Academischer Vorlesungen*; Göttingen 1756.

völkerung“ und „Ökonomie“ anders konnotiert sind als heute. Aus ihrer Verwendung ergibt sich gerade, dass „Bevölkerung“ immer das Gegenteil von „Entvölkerung“ meint; und die kameralistische Ökonomie unterlag einem Ordnungsprinzip, das u. a. keine temporale Dynamik berücksichtigte.⁴

Dieser Staatszweck oder diese policeyliche Regierungspraxis der möglichst unbeschränkten Vermehrung der Einwohner eines Landes wurde ab 1798 radikal in Frage gestellt. In einem epistemologischen Umfeld, das den Menschen in den Mittelpunkt der politischen Ideen und der wissenschaftlichen Forschungen rücken ließ, veröffentlichte Thomas Robert Malthus seinen *Essay on the Principle of Population*. Diese Abhandlung erlangte eine über Jahrzehnte währende Prominenz. 1803 baute Malthus sie zu einem Buch aus, das fünf Jahre später ins Deutsche übersetzt war. Das so genannte „Bevölkerungsgesetz“ behauptete das genaue Gegenteil von dem, was die Kameralisten propagiert hatten: eine ungehemmte Vermehrung der Menschen führe zu gewaltigen ökonomischen, hygienischen und politischen Problemen. Anhand einer äußerst unsicheren Datenbasis, nämlich des Wachstums der Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten, prognostizierte Malthus für die Zukunft ein geometrisches (exponentielles) Ansteigen der Population bei einem nur arithmetischen (linearen) Wachstum der verfügbaren Nahrungsmittel.⁵ Da eine solche Entwicklung nur so lange gut gehen kann, bis sich die beiden Wachstumskurven, auf eine Zeitachse abgetragen, überschneiden, würden „Bevölkerungshemmnisse“ eine weitere Vermehrung der Einwohner stoppen. Die „direkten“ Hemmnisse stellten sich praktisch von alleine ein:

„Hierher gehören also alle ungesunden Beschäftigungen, aber auch allzu heftige Arbeit, mangelnder Schutz der Bedeckung und Wohnung, äußerste Dürftigkeit, falsche Ernährung und Behandlung der Kinder, große Städte, Ausschweifungen aller Art, das ganze Heer gewöhnlicher sporadischer und epidemischer Krankheiten, Krieg, Pest und Hungersnoth.“⁶

Die „zuvorkommenden Hemmnisse“ könnten diesen politisch und sozial unerwünschten Folgen vorbeugen: „Ich verstehe darunter Enthaltbarkeit von der Heirath, seys immerhin aus Gründen der Klugheit, verbunden mit völlig reinem Wandel während der Periode der Enthaltbarkeit.“⁷ Obwohl die deut-

3 Zit. nach Bernd Warlich, August Ludwig von Schlözer, 1735–1809, zwischen Reform und Revolution. Ein Beitrag zur Pathogenese frühliberalen Staatsdenkens im späten 18. Jahrhundert; Diss. Universität Erlangen-Nürnberg 1972, S. 151.

4 Wenn ich hier von der „ökonomischen Wendung“ spreche, meine ich freilich den modernen Ökonomiebegriff. Vgl. Michel Foucault: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften; Frankfurt a. M. 1974.

5 Thomas Robert Malthus, Versuch über die Bedingung und die Folgen der Volksvermehrung, Altona 1807, 1. Bd., S. 13f.

6 Ebenda, S. 18.

7 Ebenda, S. 19.

sche Übersetzung von „population“ mit „Bevölkerung“ noch synonym mit „Volksvermehrung“ gebraucht wurde, deutete sich bereits eine Objektivierung der Gesamtheit der Einwohner zur „Bevölkerung“ an. War erst einmal der ökonomische Diskurs eröffnet, musste in der weiteren Konsequenz die soziale Schichtung als Differenzierungsmerkmal aufgemacht werden. Denn: Wer vermehrte sich wohl am stärksten? Es waren die Armen. Und öffentliche Fürsorge wie private Wohltätigkeit unterstützten und bestärkten sie in diesem verhängnisvollen Tun. Malthus:

„Ist die wahre Quelle der Armut einmal von dem Dunkel, worin die Spende gezeimäßer und freiwilliger Almosen sie gehüllt hat, befreit, so muß schlechterdings jedermann seiner Verpflichtung inne werden. Wenn er seine Kinder nicht erhalten kann, so müssen sie Hungers sterben und wenn er trotz der Wahrscheinlichkeit, sie nicht unterhalten zu können, heirathet, so verschuldet er alles Uebel, worin er nebst seiner Frau und ihren Leibesfrüchten schmachten wird.“⁸

Das erste und dringlichste Problem der Bevölkerung war jenes Segment, das die Armen bildeten. Der englische Liberalismus versuchte es mit ökonomischen Sanktionen, Wohlfahrtsabbau, zu lösen. Die Aufgabe des Staats in dieser Angelegenheit, so Malthus weiter, sei die Tugendbildung, nämlich „jedes Mittel zu ergreifen, welches vom Laster abzumahnern, die Tugend aber zu befördern verspricht [...]“.⁹ Malthus' „Bevölkerungsgesetz“ und seine Ableitungen haben das britische Armengesetz von 1834, das die öffentliche Unterstützung von Arbeiterfamilien massiv einschränkte, unübersehbar beeinflusst.¹⁰

Der liberale Politiker und Gelehrte Robert Mohl bezeichnete das „Werk dieses berühmten Engländers“ vierzig Jahre später als „Wendepunkt in der Lehre von der Bevölkerung“.¹¹ Er verteidigte Malthus gegen seine Angreifer, obwohl er seine harte Prognose nicht teilte. Generell aber legte er ihn seiner Bestimmung des Bevölkerungsbegriffs im „Staats-Lexikon“ von Rotteck und Welcker zugrunde. Das heißt, die ökonomische Segmentierung war vielleicht die bedeutendste Kategorie der „Bevölkerung“, auch wenn sich der erste Abschnitt des Artikels mit rassischen oder ethnischen Zusammensetzungen beschäftigte („Die Abstammungsverhältnisse der Bevölkerung eines Staats“).¹² Der zweite Abschnitt handelte von der „Eintheilung der Bevölkerung in Beschäftigungsklassen“. Dabei ging es um das richtige, also: „naturgesetzmäßi-

8 Ebenda, 2. Bd., S. 173.

9 Ebenda, S. 177.

10 Steinmann, Thomas Robert Malthus (1766–1834); in: Thomas Robert Malthus im Widerstreit der Wissenschaften, hrsg. vom Institut für Demographie der Humboldt-Universität, Berlin 1991, S. 60.

11 Robert Mohl, Bevölkerung; in Rotteck/Welcker (Hrsg.), Staats-Lexikon. Encyklopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, Bd. 2: Altona 1846; S. 480.

12 Ebenda, S. 458.

ge“ Verhältnis etwa von solchen, die Rohstoffe fördern, solchen, die sie verarbeiten, solchen die damit handeln und schließlich denen, die rein intellektuelle Tätigkeiten oder Dienstleistungen verrichten. Diese Proportionen zu ermitteln und zu entwickeln sei Aufgabe der „Polizeiwissenschaft, soweit sie sich mit dem Vermögen der Bürger beschäftigt (die Volkswirtschaftspflege)“¹³ – Kameralismus also. Das politische Pendant zu dieser Analyse hieß in der Mitte des 19. Jahrhunderts „Gewerbefrage“. Dabei ging es darum, wie stark der Staat in die Industrialisierung intervenieren solle: Musste die Ansiedlung von industriellen Etablissements gefördert werden? War die mittelalterliche Zunftordnung abzuschaffen? Sollten Handel und Gewerbe frei sein?

Parallel dazu und teilweise damit verknüpft wurde die „Soziale Frage“ oder „Arbeiterfrage“ diskutiert. Sollte mit der Gewerbefrage das Verhältnis von Staat, Industrie und Handwerk geklärt werden, bezog sich die Arbeiterfrage vielmehr auf die politischen und sozialen Probleme, die das rasch wachsende Proletariat erzeugte. Interessant ist dabei, dass sich hier immer ökonomische und Sittlichkeitsdiskursen überlagerten. Mohl schnitt dieses Problem in seinem Lexikon-Artikel unter der Überschrift: „Die relative Größe der Bevölkerung“, soll heißen: Bevölkerungsdichte an. Entscheidend sei nicht, ob eine Bevölkerung absolut gemessen groß oder klein sei, sondern wie dicht die Menschen zusammen lebten und welches Verhältnis zwischen dem Entwicklungsstand von Handel und Gewerbe sowie der Volkszahl bestehe. Wenn Mohl das „Bild einer relativ allzugroßen Bevölkerung“ malte, „d. h. eines solchen Zustandes, in welchem mehr Menschen auf einem bestimmte Staatsgebiete zusammengedrängt sind, als sich aus den in demselben vorhandenen Reichthumsquellen gut ernähren können“¹⁴, dann beschrieb er damit etwa die Verhältnisse, wie sie kurz vor 1848 in sich schnell industrialisierenden Ländern wie Sachsen oder Württemberg herrschten:

„Selbst unter sonst ganz günstigen Verhältnissen kann vorübergehend sehr große Gefahr entstehen, wenn der Austausch der Fabrikwaren gegen die zur Erhaltung des Ueberschusses der Bevölkerung durchaus nothwendigen Lebensmittel unterbrochen ist oder sich mindert, was ja aus tausend Ursachen auf kürzere oder längere Zeit geschehen kann und wird. Ein solcher wirthschaftlicher Zustand bringt aber auch dem sittlichen und intellectuellen Wohle die tiefsten Wunden bei. Der darbende Proletarier muß von den entsittlichendsten Gesinnungen gegen den Staat und gegen alle Besitzenden erfüllt, oder zur ekelhaften Niederträchtigkeit herabgedrückt werden. Zu Verstandesbildung hat der verzweifelnde Bettler keine Luft und kein Mittel. Rohheiten und Verbrechen aller Art müssen somit die Einen verderben, die Andern bedrohen. [...] Eine solche Bevölkerung ist eine Last

13 Ebenda, S. 464.

14 Ebenda, S. 469.

und keine Macht, und Ueberbevölkerung ein Inbegriff fast aller Uebel, welche die menschliche Gesellschaft zu tragen haben kann.“¹⁵

Die liberalistische Logik schlang einen Gordischen Knoten um (Un-) Sittlichkeit als moralische und Bildungs-Kategorie sowie Proletariat als ökonomische Kategorie. Wenn also die Bevölkerung relativ zu groß war, mussten – so Mohls Forderung – sowohl Gewerbe und Industrie belebt werden, um die ökonomische Lage der Arbeiter zu heben. Andererseits mussten letztere auch davon abgehalten werden, etwa „unvorsichtige Ehen“ einzugehen. Allerdings, so räumte er ein, sei dies nur schwer zu erreichen:

„Von einer directen officiellen Belehrung kann natürlich keine Rede sein; höchstens mag noch die Bekanntmachung sicherer statistischer Nachrichten, aus welchen sich die offenbare Ueber[be]setzung einzelner Nahrungszweige ergibt, einen entfernten und vereinzelt Nutzen bringen. Mehr natürlich würde theils durch eine entsprechende Richtung des Volksunterrichtes [...] bewerkstelligt werden. Die hauptsächlichste Wirkung wird von der möglichsten Steigerung der allgemeinen Volksbildung und überhaupt von einer Hebung der unteren Classen erwartet werden können.“¹⁶

Dieser Artikel im „Staats-Lexikon“ war enzyklopädisch angelegt; Mohl hatte – wie angedeutet – noch weitere (rassische und hygienische) Aspekte der „Bevölkerung“ beleuchtet. Jedoch deutete sich die herrschende Bevölkerungsvorstellung des 19. Jahrhunderts an: Eine „Bevölkerung“ war zunächst ein zusammengesetztes Ganzes mit gewissen Eigengesetzlichkeiten. Sie zu regieren bedeutete aber vor allem, eine gewisse ökonomische Schicht (Proletariat), ein bestimmtes Fortpflanzungsverhalten (ungehemmte Vermehrung), bestimmte moralische Einstellungen (Unbildung, geringe Tugendhaftigkeit) zu regieren.

Angst und Abscheu

Das Auftauchen ökonomisch marginalisierter Gesellschaftsschichten hat auch die Konnotation des Volksbegriffs entscheidend verändert. Nach dem Wiener Kongress idealisierten viele bürgerliche Gelehrte das „Volk“. Sie verbanden damit einen Einigungs- oder Emanzipationsgedanken. Nachdem das Königreich Sachsen beispielsweise wegen der politisch fatalen Taktiererei seines Monarchen während der napoleonischen Kriege beinahe unter den Siegern verteilt worden wäre, war es dem Staatswissenschaftler Pölitz angelegen, „ein während der funfzigjährigen Regierung seines Königs mündig gewordenen“ sächsisches Volk zu konstruieren. Seine Selbstständigkeit beruhe

¹⁵ Ebenda, S. 469f.

¹⁶ Ebenda, S. 478.

„auf dem rechtlichen Besitze des ihm eigenthümlichen Landes; auf der Bewohnerzahl, welche einen besondern, von allen andern Völkern verschiedenen, Volksnamen führt; auf der an der Spitze stehenden eingebohrnen Dynastie; auf der in den Rechtsverhältnissen zwischen dem Fürsten und dem Volke gegründeten eigenthümlichen Verfassung, womit die einzelnen Zweige der Verwaltung in der genauesten Verbindung stehen; auf dem eigenthümlichen Geiste und Charakter eines jeden selbstständigen Volkes, wodurch es, bei bei aller Aehnlichkeit mit ursprünglich verwandten Volksstämmen, sich doch nach Sprache und Lebensweise, und oft selbst nach der öffentlichen Ausübung der Religion und nach mannigfaltig verschiedenen Formen des häuslichen und öffentlichen Lebens von jedem andern, zu einem besondern Staate verbundenen, Volke des Erdbodens unterscheidet.“¹⁷

Man sollte sich nicht täuschen lassen: Pölitz' Definition betont weniger die Regentschaft des Königs als vielmehr das mündig Gewordensein des Volks und die vertragliche Beschränkung der Macht der Krone. Eine Verfassung und formalistische Verwaltung existierte 1818 in noch keinem deutschen Staat. Das „Volk“ diente hier als kulturelle Selbstvergewisserung und war gegen Fürstenwillkür gerichtet.

Diese idealistische Volks-Vorstellung wurde spätestens Ende der Vierzigerjahre des 19. Jahrhunderts schwer getrübt. Die Liberalen bemerkten, dass jenes „Volk“ dazu in der Lage war, das mit der Industrialisierung schnell aufgestiegene Bildungs- und Besitzbürgertum von unten anzugreifen. Auf der Straße und hinter den Barrikaden der „Revolution“ wurde das „Volk“ zum „Mob“, zum „Pöbel“, zur „Masse“.

Die Frage, ob den unteren Schichten politische Mitwirkung zugestanden werden sollte, führte denn auch den deutschen Liberalismus in seine erste schwere Krise. Der Historiker Johann Gustav Droysen, der im Paulskirchenparlament saß, schrieb damals (29.04.1848):

„Endlich täusche man sich nicht über die nationalen Stimmungen; sie sind provinziellerer Art als man glaubt, nicht bloß die Gewohnheit und Erinnerung und der ächt deutsche Neid, sondern die Confessionen, die Interessen, die typischen Anschauungen trennen sie in allem Positiven; und der triviale Begriff der Volkssouveränität würde uns am wenigsten zu einer wirklichen anstättlichen Einheit führen, wie sie der wahre Volksgeist fordert und die verwandelte Lage der europäischen Verhältnisse nothwendig macht.“¹⁸

An anderer Stelle formulierte er es noch drastischer:

„Volk ist überhaupt wenig oder nichts, im besten Fall eine Staubwolke, die Luft zu füllen und den Blick zu hemmen, bis ein gelinder Regen all das Aufgewirbelte

17 Karl Heinrich Pölitz, Das sächsische Volk, oder ein während der funfzigjährigen Regierung seines Königs mündig gewordenes Volk, Leipzig 1818, S. 21f.

18 Johann Gustav Droysen, Denkschrift, die deutschen Angelegenheiten betreffend; in: Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte, Braunschweig 1849, S. 53f.

in die zähmäßige Gestalt zurückversetzt, welche man gewöhnlich Dreck nennt... Volk ist jedenfalls keine Adresse, an die man einen Brief oder ein Buch richten kann. Und das ist immer das Wichtigste.“¹⁹

Diese elitäre Abscheu und diese Angst vor dem „Mob“, der nicht nur ungebildet und sittenlos war, sondern auch jederzeit bereit schien, die Auflösung des Staats zu betreiben, wurde – wie James Sheehan schreibt – zu einem „Leitmotiv im Denken vieler Liberaler“.²⁰ Dabei kamen sie selbst in Konflikt mit ihren Idealen von bürgerlicher Emanzipation und Aufklärung. So etwa Friedrich Nurhard:

„Selbst bürgerlich geboren, dem Interesse des Bürgers mit ganzer Seele zugethan, der Sache des Bürgers treu bis zum letzten Atemzuge, ist mir kein Anblick widerlicher, als wenn ich sehe, daß der plumpe Pöbel stolz sich an die Stelle des anständigen Fürstenstolzes setzen will.“²¹

Im Zweifelsfall stützten die (rechten) Liberalen lieber die Reste einer feudalistischen Staatsordnung als das Proletariat politisch partizipieren zu lassen.

Da sie die Arbeiter nun aber nicht abschaffen konnten, ökonomisch gar auf sie angewiesen waren, versuchten sie, sie mit Erziehung und Bildung sowie mit einigen ökonomischen Maßnahmen besser kontrollieren und dadurch befrieden zu können. Und gaben sich dabei öffentlich altruistisch. Der Ökonom und Statistiker Victor Böhmert nannte seine Zeitschrift: „Der Arbeiterfreund“. Friedrich Harkort unterschied in seinem „Brief an die Arbeiter“ eben diese von den „Proletariern“. Da heißt es:

„Nicht aber rechne ich zu den Proletariern den braven Arbeiter, dem Gott durch die Kraft seiner Hände und den gesunden Menschenverstand ein Kapital verlieh, welches ihm Niemand rauben kann, es sei denn Krankheit und Alter... Diesen ehrenwerthen Leuten muss geholfen werden, durch Hebung der Gewerbe, Vorschußkassen, guten Unterricht für die Kinder und Sicherstellung gegen Krankheit und Invalidität.“²²

Der deutsche Wohlfahrtsstaat war im 19. Jahrhundert bekanntermaßen ein liberalistisches Konzept. Die Proletarierfamilien waren offensichtlich arm,

19 Johann Gustav Droysen, Briefwechsel, Bd. 2, S. 188, zit. nach Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland; Frankfurt a. M. 1988; S. 69.

20 James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, 1770–1914, München 1983, S. 57. Vgl. auch Richard J. Bazzillion, Modernizing Germany. Carl Biedermann's Career in the Kingdom of Saxony, 1835–1901, New York 1989, S. 7: „Germany's liberals distrusted the 'the mob' and placed little faith in the wisdom of the people, believing that power should belong only to those fitted to wield it by virtue of their education or ability to administer property.“

21 Zit. nach Sheehan (Anm. 20), S. 57.

22 Friedrich Harkort, Brief an die Arbeiter, in: Schriften und Reden zu Volksschule und Bildung, S. 103, zit. nach Johann Baptist Müller, Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1978, S. 199.

weil die Verhältnisse sie niederdrückten. Die ökonomische Ordnung zu ändern hieße aber, die Errungenschaften des besitzenden Bürgertums anzugreifen. Folglich mussten Wege gefunden werden, *innerhalb* dieser Ordnung Armut, Pauperismus zu bekämpfen. Und das war eine Aufgabe, für die die Proletarier selbst verantwortlich sein sollten. Die Ideologie des Liberalismus aber liegt darin, dass er ihnen unterstellt, weder ausreichend vernünftig, noch tugendhaft handeln zu können. Und dieser Umstand verschlimmere ihre Lage noch. Folglich bestünde die größte Anstrengung darin, die „unteren Klassen“ geistig und sittlich zu bessern, sie zu erziehen. Gäbe man ihnen dann einige kleine Mittel in die Hand, etwa vorzusorgen (Sparkassen) oder ihre Arbeit teilweise selbst zu organisieren (Vorschusskassen, Genossenschaften), ließe sich das Problem des Pauperismus lösen.

Die liberalistische Ideologie hatte gegenüber anderen Weltanschauungen unbestreitbare Vorteile: Sie ließ sich mit staatswissenschaftlicher Erkenntnis verknüpfen, denn die einflussreichsten Staatswissenschaftler waren Liberale; ihre Konzepte ließen sich administrativ umsetzen, zumindest in jenen deutschen Staaten, deren Ministerialverwaltungen von liberal eingestellten Bürokraten dominiert wurden; und man hatte ein Instrument in der Hand, ihre Annahmen empirisch zu überprüfen – die Statistik.

Institutionalisierung

Die „Bevölkerung“, die doch etwas anderes war als das „Volk“ oder die „Untertanen“, kennenzulernen, wurde bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem dringenden Bedürfnis fast aller deutschen Staaten. Zu diesem Zweck richteten die Regierungen zwischen 1805/10 (Preußen) und 1919 (Mecklenburg-Strelitz) Statistische Bureaus oder Ämter ein.²³ Ihre Vorläufer hatte sie in der Politischen Arithmetik, die sich seit dem 17. Jahrhundert von England aus entwickelt hatte. Ein Pionier der amtlichen Statistik war der belgische Astronom und Mathematiker Adolphe Quetelét, der mit „Großen Zahlen“ und dem „Mittleren Menschen“ die Grundlagen schuf, mehr erforschen zu können als nur die Zahl der Einwohner. Einer seiner größten Bewunderer und eifrigsten Schüler war Ernst Engel, der 1850 Leiter des Statistischen Bureaus im sächsischen Innenministerium und zehn Jahre später Vorsteher des preußischen Bureaus wurde. Auf ihn werde ich später zurück kommen.

Bereits 1831 hatte sich ein „Statistischer Verein für das Königreich Sachsen“ etabliert, der laut Gründungsauf Ruf eigentlich „Verein für vaterländische Staatskunde“ heißen sollte. Diese Bezeichnung wäre auch passender gewesen,

²³ Vgl. Egon Hölder/Manfred Ehling, Zur Entwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland, in Fischer/Kunz (Hrsg), Grundlagen der historischen Statistik von Deutschland, Opladen 1991, S. 15-31.

denn das ursprüngliche Anliegen war, eine Staatskunde *von unten* zu betreiben. Allerdings geriet dieser Anspruch alsbald in Wegfall, nachdem dem Verein allerhand administrative Aufgaben zugedacht worden waren: Bei den Gründungskonferenzen des Deutschen Zollvereins war eine dreijährliche Volkszählung in allen Vereinsstaaten verabredet worden, um die Zolleinnahmen an den Außengrenzen des Vereinsgebiets proportional zur jeweiligen Bevölkerungszahl unter den Mitgliedsstaaten verteilen zu können. Mit dieser Aufgabe war der Statistische Verein ziemlich ausgelastet, und er stieß endgültig an seine Grenzen, als er 1846 eine umfassende Gewerbezahlung vorbereiten und auswerten sollte. Die ersten Ergebnisse lagen erst zwei Jahre später vor; sie waren teilweise veraltet und ohnehin streckenweise falsch oder irrelevant.²⁴

Vor allem waren sie nicht geeignet, Informationen zu liefern, die dringend benötigt wurden, als einige Regionen unter Nahrungsmittelknappheit litten, die Dynamik der Industrialisierung erstmals ins Stocken kam und Aufruhr die staatliche Ordnung bedrohte. Die sächsische Regierung, speziell der Leiter der II. Abteilung des Innenministeriums (Polizei, Medizinalwesen, Armenversorgung, Wirtschaftsangelegenheiten etc.), der „liberal eingestellte Bürokrat“ Albert Christian Weinlig²⁵, war der Auffassung, dass die durch Industrialisierung und Zollvereinigung verursachten wirtschaftlichen Verwerfungen nur durch eine gründliche Reform der Gewerbeverfassung abgefangen werden konnten. Dadurch würde zudem den politischen Angriffen der durch Kommunisten und Sozialisten aufgehetzten Arbeiter, Gesellen und kleinen Handwerker der Boden entzogen und die Staatskrise abgewendet. Kurz nach den Märzaufrufen, am 3. April 1848, ließ Weinlig in sächsischen Tageszeitungen einen rhetorisch dramatisierten Appell mit der Überschrift „Was thut vor Allem Noth in der Arbeiterfrage?“ abdrucken.²⁶ Darin hieß es, in dem „Sumpfe“ von irrlichternden Ideen („Organisazion und Garantie der Arbeit“)

„drohen alle noch vorhandenen Begriffe von Ordnung und Eigenthum unterzugehen und darum gesellen sich zu den selbst irre geleiteten, fantastischen Freunden der Arbeiter auch noch die verlarvten Feinde derselben, deren Element die Verwirrung und die Zerstörung ist. Es wird Zeit, hohe Zeit, daß man zur Besinnung kommen, daß die Arbeiter über ihre wahren Interessen und den wahren Weg zu ihrem Heile aufgeklärt, daß die Fantasten und Enthusiasten in dem kalten Bade der praktischen Erwägung abgekühlt, daß die unberufenen Aufreizer entlarvt werden.“

24 Vgl. Arno Pfüze, Die Entwicklung der amtlichen Landesstatistik in Sachsen. Zum 100jährigen Bestehen der statistischen Landeszentrale Sachsens 1831–1931, Dresden 1931.

25 „[...] liberal-minded bureaucrats, such as Albert Christian Weinlig in Saxony [...]“, Bazillion (Anm. 20), S. 5.

26 Dresden Journal, 3.04.1848.

Zu diesem Zweck sollten einerseits „Alle, welche die Interessen der Arbeiter verstehen und sich wahrhaft für deren Wohlfahrt interessiren“, dieselben in Schrift und Wort belehren und andererseits die Regierung deutlich machen, „daß sie sich der Arbeiterinteressen aufrichtig annehmen wird, und zu gleicher Zeit, in welcher Form und welcher Richtung.“ Da die Regierung das zu diesem Zeitpunkt aber noch gar nicht wusste, inszenierte sie eine Mischung aus „Bündnis für Arbeit“ und sozialer Enquête. Sie gründete eine „Commission für Erörterung der Lage der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse“, in der Unternehmer, Handwerker, Arbeiter und Regierungsbeamte vertreten waren und die umfangreiche Fragebögen ins Land schickte, die von 1.957 Ausschüssen zu beantworten waren. Auf diese Weise hoffte man, Aufschluss über die ökonomischen Verhältnisse und die Wünsche der einzelnen Interessengruppen zu gewinnen. Die „Commission“ zerbrach Ende 1849 an der Unvereinbarkeit der Forderungen der verschiedenen Akteure, auch konnten die großenteils nicht-numerischen Informationen aus den Fragebögen nicht publizierbar ausgewertet werden. Möglicherweise flossen einige Eindrücke in das Gewerbegesetz ein, an dem Weinlig noch bis 1861 arbeiten sollte.²⁷

Die Ereignisse von 1848/49 hatten der Regierung deutlich vor Augen geführt, dass die Arbeiter und kleinen Handwerker, wenn sie der Staat sich selbst überließ, ein Gefahrenpotential darstellten – und zwar für die politische Ordnung einerseits und für das mit der Industrialisierung sozial und ökonomisch aufgestiegene besitzende Bürgertum andererseits. Weinlig, der aus bürgerlichen Verhältnissen stammte und Medizin studiert hatte, bündelte in seiner Person diese gefährdeten Formationen. In gewisser Weise agierte er aus eigenem Interesse. Zudem war er dem Einfluss des mächtigen Industrievereins ausgesetzt, einer Art Lobbyorganisation, die ihre ökonomische Macht einsetzen konnte, um Druck auf die Regierung auszuüben.

Jedenfalls haben die Furcht vor den „arbeitenden Classen“ und das Scheitern der „Commission“ die Einrichtung eines Statistischen Bureaus im Königreich Sachsen wesentlich voran getrieben. Hatten sich Regierung und Stände aus Kostengründen lange Zeit gegen diesen Schritt gewehrt, hatte nun die Einsicht Platz gegriffen, dass der Staat nicht länger blind im ökonomischen Dunkel umher tappen konnte. Es musste regiert werden, und dazu brauchte man ein Regierungswissen. Der sächsische Innenminister von der Pfordten deklamierte bereits Anfang 1849:

„Zur Förderung der Gewerbestatistik sind zwar umfänglichere Arbeiten unter Mitwirkung des statistischen Vereins ausgeführt worden; indessen hat man sich überzeugt, daß der wichtige Zweck einer Gewerbestatistik nur durch die Einrichtung eines

27 Vgl. Bazillion (Anm. 20), S. 256f. sowie Hubert Kiesewetter, *Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert*, Köln 1988, S. 181f.

besondern officiellen statistischen Bureaus erreicht werden kann. Ein diesfalliger Plan wird bei Gelegenheit der Budgetberathung vorgelegt werden.²⁸

Am 1. August 1850 war es soweit: Das Innenministerium etablierte ein Statistisches Bureau unter der Leitung Weinligs und mit Ernst Engel als Bureau-Vorstand. Die sächsische Bevölkerung konnte nun professionell und bürokratisch untersucht werden.

Statistische Identifizierung

Mit Statistiken kann man identifizieren und Identifikation herstellen. In einem Denken, das als Medium die statistische Sprache nutzt, ist nur das wirklich, was gezählt wird. Und der Statistiker wird – wenn seine Ressourcen begrenzt sind, nur das zählen, was er a) für existent und b) für relevant in Bezug auf Staat, Volkswirtschaft und so weiter hält.

Zwei Beispiele zur Verdeutlichung. Der sächsische Volkszählungsfragebogen von 1855 etwa sah nur sechs Konfessionen vor: Lutheraner, Deutsch-Katholische, Römisch-Katholische, Griechisch-Katholische, Reformierte und Israeliten. Sollte es zu dieser Zeit zum Beispiel einige Muslime im Königreich gegeben haben, waren sie für den Staat nicht existent. Er wusste – bevölkerungsstatistisch – nichts von ihnen und hatte damit vermutlich auch kein Problem. Sie wurden als Bevölkerungsteil nicht identifiziert. Das war schon zwölf Jahre später anders. Da waren nämlich mit Anglikanern, Mennoniten, Baptisten und „Muhamedanern“ vier Konfessionen hinzugekommen. Bevölkerungsgruppen können also statistisch „hergestellt“ werden. Im positiven Fall hilft ihnen diese staatliche Identifizierung bei der Selbst-Identifikation; negativ würde die Identifizierung zur Exklusion führen. So kannten die sächsischen Volkszählungen von Anfang an in der letzten Spalte die Kategorie „Wenden“ (Sorben). Die Wenden verweigerten sich allerdings der Identifizierung, indem teilweise „in ausschließlich wendischen Dörfern sich niemand als Wende eingetragen hat“, wie ein wendischer Abgeordneter des Landtags beobachtet hatte.²⁹ Die Regierung hatte offensichtlich ein besonderes Interesse an den ethnisch, kulturell und konfessionell abweichenden Wenden; und dieses Interesse dürfte nicht nur wohlwollend gewesen sein.

Eine solche statistische Identifizierung sollte nun auch helfen, das politische und ökonomische Problem der „arbeitenden Classen“ zu lösen. Die ersten Standardisierungsbemühungen wurden auf dem ersten internationalen Statistischen Kongress 1853 in Brüssel unter Leitung Adolphe Quetelets gemacht. Aufschlussreich ist hier die thematische Ausrichtung des Kongresses:

28 Mittheilungen über die Verhandlungen des Ordentlichen Landtags im Königreiche Sachsen, 1. und 2. Kammer, 18.04.1849.

29 Landtags-Mittheilungen, 1. Kammer, 6./10.02.1850.

Obwohl den Berichten der Abgesandten der einzelnen Staaten zu entnehmen ist, dass die amtliche Statistik sich vielerorts gerade erst zu etablieren begann (manche Bureaus hatten wenig mehr gemacht, als metereologische Messungen zu dokumentieren), beschäftigte sich schon eine der drei Sektionen mit dem „Budget der arbeitenden Klassen“ sowie – in dieser Reihenfolge – mit der „Zählung der Nothleidenden“, der „Statistik des Unterrichts und der Erziehung“ und der „Criminalstatistik“.³⁰ Wer mir bis hierher gefolgt ist, wird in dieser Agenda schwerlich einen Zufall erkennen können.

Zu dieser Zeit liefen bereits die großen Enquêtes LePlays in Frankreich und Ducpétiaux' in Belgien zur Ermittlung der durchschnittlichen Einnahmen und Ausgaben von Arbeiterfamilien; ihre Ergebnisse konnten aber erst zwei Jahre später publiziert werden.³¹ Der Kongress „äußerte den Wunsch, es möchten in jedem Lande die Mitglieder der Versammlung auf die Mittel bedacht sein, um das öconomische Budget der arbeitenden Classen nach dem beschlossenen Schema aufzunehmen“.³² Dieses sah vor, drei Durchschnittsfamilien zu bestimmen, die aus Vater, Mutter und vier Kindern bestanden, und zwar

- a) eine Familie notleidender Arbeiter, die von öffentlicher Unterstützung abhängig war,
- b) eine Familie wenig bemittelter Arbeiter und
- c) eine Familie wohlhabender Arbeiter.

Von diesen Familien sollten jeweils die Einnahmen und Ausgaben ermittelt werden. Letztere wurden unterteilt in

- 1) „Ausgaben für das physische und materielle Bedürfniss“ (Nahrung, Wohnung, Wäsche etc.),
- 2) „Ausgaben für das religiöse, moralische und intellectuelle Bedürfniss“ (Schule, Bücher, Sparen etc.) und
- 3) „Luxusausgaben oder die aus Mangel an Vorsicht entspringen“ (Gasthäuser, Tabak, Spiel, Schmuck, Vergnügung, Leihhaus).

Diesem ganzen Bestreben, die Budgets der Arbeiterfamilien zu ermitteln, lagen zwei wesentliche Annahmen zugrunde:

1. Industriearbeit erzeugt Armut, indem die Löhne immer weiter gedrückt werden und den Arbeitern am Ende kaum die Mittel zur Ernährung ihrer Kinder bleiben, geschweige denn zur Zukunftsvorsorge:

„So ist dann der Pauperismus in der That eine nothwendige Folge des Industriesystems. Hierzu bemerken wir aber auch gleich noch, daß die logische Conse-

30 Fallati, Der statistische Congress in Brüssel; in: Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Jg. 1853, S. 676ff.

31 LePlay, Les ouvriers européens, Paris 1855; Ducpétiaux, Budgets économiques des classes ouvriers in Belgique, Brüssel 1855.

32 Fallati (Anm. 30), S. 700.

quenz, mit welcher der Pauperismus aus der herrschenden Ordnung im Industriestaate hervorgeht, die Mutter der sozialistischen und communistischen Systeme zur Aenderung dieser fatalen Zustände ist.“³³

Da man die Inhaber der Fabriken nicht ohne Weiteres zwingen konnte, höhere Löhne zu zahlen, propagierten Ernst Engel und andere die Bildung von „Associationen“, also Genossenschaften, als drittem Produktionssegment. – *Das Einnahmehudget.*

2. Viele der Arbeiter verschlimmern diese Situation noch, indem sie nicht genügend Anstrengungen unternehmen, ihre Lage zu verbessern. Sie vertrinken und verspielen ihr Geld, anstatt es für schlechtere Zeiten aufzusparen. Dieser Umstand ist ihrem geringen Bildungsstand und damit ihrer niedrigen sittlichen Festigkeit geschuldet. Engels späterer Nachfolger in Sachsen, Victor Böhmert, stellte fest:

„Ohne Zweifel tragen die bestehenden Gesetze und mangelhaften Einrichtungen des Staates auch ihre Schuld an vielen Uebelständen unserer wirthschaftlichen Entwicklung; aber die Grundursache des socialen Uebels liegt in der Natur der endlichen Dinge und in dem Wesen der Menschen selbst, in dem Mangel an Einsicht und Willen, in den *Sitten* und Leidenschaften und in der Natur einer Weltordnung, welche auch die Noth zu einer Lehrmeisterin des Menschengeschlechts gemacht hat.“³⁴

Mittel zur ökonomischen Besserung der Arbeiter bestanden in der Bereitstellung von Möglichkeiten zum Vorsorgen (Sparkassen und Versicherungen) und in einer breit angelegten Volkserziehung. – *Das Ausgabebudget.*

Die Statistiker verwendeten also einen Großteil ihrer Zeit und Energie darauf, die Lage der Arbeiter möglichst detailliert zu erforschen. Und Ernst Engel formulierte 1857 einen Maßnahmenkatalog zur Lösung der Sozialen Frage, den er als „Bevölkerungspolitik“ bezeichnete. Demnach müsse der Staat die Zahl der produktiven Kräfte sinnvoll verteilen, nämlich „nach Maßgabe des aliquoten Verhältnisses unter den einzelnen Consumtionszwecken“. Das bedeutete eine aktive Wirtschaftsförderungspolitik, vor allem um das Nahrungsmittelangebot aus eigener Produktion sicher zu stellen. Weiter hieß „Bevölkerungspolitik“ die Etablierung von Vorsorgeeinrichtungen und die Einschränkung des privaten wie öffentlichen Luxus⁷. Zu letzterem zählte übrigens auch die öffentliche Sicherheit, die „zu dem wohlfeilsten Preise und mit den geringsten persönlichen Opfern hergestellt“ werden müsse. Dann seien die

33 Ernst Engel: Der Wohlthätigkeitscongrèß in Brüssel im September 1856 und die Bekämpfung des Pauperismus; in: Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königl. Sächsischen Ministeriums des Innern, No. 10/1856; S. 159.

34 Victor Böhmert, Ueber die Methoden der socialstatistischen Untersuchungen, mit besonderer Rücksicht auf die Statistik der Löhne und Preise; in: Zeitschrift für schweizerische Statistik, 10. Jg.; Zürich 1874; S. 142.

Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und öffentlichen Hygiene zu verstärken, um die Lebensdauer zu erhöhen. Wenn die Menschen durchschnittlich länger lebten, könnten sie auch länger produzieren und ein ökonomisch günstigeres Verhältnis gegenüber der unproduktiven Lebenszeit erreichen: „Wie in der Landwirthschaft die intensive Cultur besser als die extensive ist, so auch in der Bevölkerungswirthschaft.“ Endlich sei die „Bevölkerungspolitik ohne Statistik [...] ein Schiff ohne Compaß“, sie erfordere

„die genaueste und zuverlässigste Kenntniß der Zahl und Beschaffenheit der Bevölkerung nach ihrem Stand und ihrer Bewegung, nicht minder aber auch die Kenntniß der Größe der Consumption in den einzelnen Berufs- und Bevölkerungsklassen und des daraus abgeleiteten Mittelmaßes der Consumption“.³⁵

Ernst Engel hatte noch ein recht organisches Verständnis von der „Bevölkerung“, weshalb er auch die Verhältnisse *aller* Klassen ermitteln wollte. Sein Plan von einer holistischen „Physik der Gesellschaft“ musste wenigstens konzeptionell jene Schichten einbeziehen, die nicht als die „unteren“ galten. Noch 1882 äußerte er die Hoffnung, dass die Statistiker „ausser der Erforschung der Lage der arbeitenden Klassen auch die der übrigen und namentlich auch der bemittelten Klassen der Bevölkerung sich angelegen sein lassen“.³⁶ Damit stand er zu diesem Zeitpunkt allerdings ziemlich allein da. Man sah schlicht keine Veranlassung, diese Forschungen zu betreiben, so lange die „Bemittelten“ kein Problem darstellten.

Victor Böhmert, der sich mit dem Vorschlag, überall im Lande „socialstatistische Beobachtungsstationen nach Art der metereologischen Stationen“ zu installieren, für die Leitung des sächsischen Statistischen Bureaus empfohlen hatte,³⁷ richtete sein Wirken deutlich auf die Lösung der Sozialen Frage aus:

„Die neuere Medizin hat schon längst erkannt, dass man zwar den menschlichen Körper als Ganzes erfassen, aber ihn gleichzeitig auch in seinen einzelnen Theilen und Funktionen sorgfältig studiren muss, und dass man die Krankheiten nicht auf spekulativem Wege, sondern nur am Krankenbette selbst, durch sorgfältige eigene Beobachtungen und Erfahrungen, durch Experimente und Sektionen, durch Behandlung von Fall zu Fall zu erforschen vermag, und nur durch viele Erfahrungen und Vergleichen zu neuen Theorien und Heilmethoden gelangen

35 Ernst Engel: Die vorherrschenden Gewerbszweige in den Gerichtsämtern mit Beziehung auf die Productions- und Consumtionsverhältnisse des Königreichs Sachsen, in: Zeitschr. Stat. Bureau Sachsen, No. 8,9/1857; S. 181f.

36 Ders., Das Rechnungsbuch der Hausfrau und seine Bedeutung im Wirthschaftsleben der Nation; in: Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 24; Berlin 1881.

37 Victor Böhmert, Die Aufgaben der statistischen Bureaux und Zeitschriften in ihrer Verbindung mit Hochschulen und Lehrstühlen für Nationalökonomie und Statistik; in: Zeitschr. Stat. Bureau Sachsen, No. 1,2/1875, S. 2.

kann. Der Volkswirth hat zur Erforschung und Heilung der socialen Uebelstände eine ähnliche Methode einzuschlagen [...].³⁸

Dieses Bild von der Krankheit (Soziale Frage), die den Gesellschaftskörper befallen habe, ist nicht ungewöhnlich. Es rekurriert auf den spätestens seit Hobbes in der Ideengeschichte virulenten Volkskörperbegriff. Böhmer forderte in „Resolutionen“, die „wirklichen Zustände der Bevölkerung [...] nach drei Richtungen hin zu überprüfen“:

1) in sanitärischer Beziehung (Wohnverhältnisse, öffentliche Gesundheitspflege, Arbeitsschutz);

2) in ökonomischer Beziehung (Lohnverhältnisse, Sparkassenwesen etc.);

3) in intellektueller und moralischer Beziehung (Familie, Erziehung, „Aufrechterhaltung von Ordnung, Nüchternheit und Sitte“, Gemeinsinn etc.).

Bei diesen sozialstatistischen Beobachtungen müsse unterschieden werden, was

a) die Arbeitnehmer,

b) die Unternehmer,

c) das gemeinnützige Publikum und

d) der Staat zur Verbesserung der Zustände unternommen hätten.³⁹

Ich unterstelle, dass Böhmer die einzelnen Akteure bewusst so angeordnet hat; der Staat müsse sich, so weit es geht, zurück halten, während die Arbeiter zunächst einmal selbst für die Verbesserung ihrer Lage verantwortlich seien.

Es ist letztendlich nicht zu entscheiden, ob der gewendete „Volks“-Begriff der Liberalen die wissenschaftlichen Problemstellungen und Erkenntnisse der Bevölkerungsstatistiker beeinflusst hat oder ob die letzteren nach sorgfältiger Erforschung der „wahren Zustände“ die liberalen Programme mitformuliert haben. Diskurse dieser Art und Tragweite beschränken sich in der Regel nicht auf einzelne Funktionssysteme oder Institutionen. Auffällig ist nur, dass eine bestimmte Vorstellung von dem, was „Volk“ ist, zur selben Zeit mit der Vorstellung korrespondierte, was die primäre Aufgabe der Beschäftigung mit der „Bevölkerung“ sei. Insofern erscheint die deutsche Statistik des 19. Jahrhunderts, die doch proklamierte, eine Naturwissenschaft, eine „Physik der Gesellschaft“ (Engel) zu sein, als politische Wissenschaft im engeren Sinne – als politisierte und politisierende Wissenschaft.

38 Böhmer, Ueber die Methoden der socialstatistischen Untersuchungen (Anm. 24), S. 142.

39 Ebenda. S. 172.